

Präsidentenwahlen in Russland: Ergebnisse und Bewertung

Nach vier Jahren als Regierungschef wird Wladimir Putin als Präsident in den Kreml zurückkehren. Er konnte sich bei den Wahlen am Sonntag bereits im ersten Wahlgang gegen seine Kontrahenten durchsetzen. Nach Auszählung fast aller Stimmen erreichte Putin 63,7 Prozent Zustimmung. Bereits wenige Stunden nach der Schließung der Wahllokale ließ sich Putin gemeinsam mit Präsident Medvedev vor Zehntausenden Anhängern auf dem Manegeplatz in Moskau feiern. Für Montagabend hat die Opposition erneut zu Protesten aufgerufen.

Putins stärkster Konkurrent, der Kommunist Gennadi Sjuganow, konnte lediglich 17,2 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Der unabhängige Oligarch Michail Prochorow schnitt überraschend gut ab, er kommt auf einen Stimmanteil von 7,8 Prozent. Er verkündete noch am Wahlabend seine Absicht eine eigne Partei zu gründen - einen Posten in der Regierung werde er jedoch nicht annehmen, sollte ein solches Angebot an ihn gerichtet werden. Der als Populist geltende Wladimir Schirinowski von der Liberal Demokratischen Partei erhielt 6,2 Prozent, Sergej Mironow, Kandidat für Gerechtes Russland, erhielt 3,9 Prozent. Mit circa 65,3 Prozent war die Wahlbeteiligung zwar geringer als vor vier Jahren, überstieg jedoch die Beteiligung an den Dumawahlen um etwa fünf Prozent.

Die Wahlen standen international unter besonderer Beobachtung, da es nach den Parlamentswahlen im Dezember zu massiven Manipulationsvorwürfen gekommen war. Putin sprach sich früh dafür aus Videokameras in den Wahllokalen zu installieren, um eine bessere Überwachung der Wahlen zu gewährleisten. Mehr als 300 Millionen Dollar wurden in dieses einmalige Vorhaben investiert. Der Kreml war mehr denn je darauf bedacht, für transparente Wahlen zu sorgen, um Putin eine glaubwürdige Legitimation für eine weitere Präsidentschaft zu ermöglichen. Berichte über Manipulationen, die in der Vergangenheit auf lokaler Ebene zu häufig unhinterfragt blieben, wollte Putin vermeiden, da sie ihm mehr schaden als nutzen können. Um die Effektivität dieser Maßnahmen zu beurteilen, bleibt der Bericht der OSZE-Beobachter abzuwarten. Erste Ergebnisse unabhängiger Wahlbeobachter besagen jedoch, dass es erneut zu Verstößen gekommen sei, deren Anzahl falle jedoch wesentlich geringer aus als noch bei den Wahlen im Dezember.

Hintergrund

Nach den russischen Parlamentwahlen vom 4. Dezember 2011 war es landesweit zu zahlreichen Demonstrationen gekommen. Es waren die größten politischen Kundgebungen seit dem Untergang der Sowjetunion. Tausende Menschen beteiligten sich daran und gingen für freie Wahlen und gegen eine erneute Präsidentschaft Putins auf die Straße. Es kam jedoch auch zu zahlreichen Veranstaltungen der Befürworter Putins. Sie waren es auch, die sich zur bisher

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSLAND (MOSKAU)

DR. LARS PETER SCHMIDT

JOHANN C. FUHRMANN

05. März 2012

www.kas.de

größten Kundgebung am Tag der Vaterlandsverteidiger (23.02.12) im Moskauer Luschniki-Stadion versammelten. Weit über 100.000 Anhänger zählte allein diese Kundgebung. Ob alle Teilnehmer freiwillig zu der Veranstaltung kamen ist fragwürdig, dennoch hatten Umfragen den Sieg Putins bereits früh vorhergesagt.

Putin und die politische Führung waren zunächst von den Protesten überrascht, wie die ersten Reaktionen belegen. Es folgte jedoch eine personelle und programmatische Neuausrichtung. Zahlreiche Posten wurden in den ersten Wochen nach den Duma-Wahlen umbesetzt: Der russische NATO-Botschafter Dmitri Rogosin wurde zum Vizepremier ernannt. Experten vermuten, dass er besonders nationalistische Wähler anziehen soll. Große Beachtung fand der Rollentausch zwischen Wjatscheslaw Surkow und Wjatscheslaw Wolodin. Surkow, der seit 2008 den Posten des ersten stellvertretenden Stabchefs Medvedevs innehatte, gilt als einer der wichtigsten Architekten der russischen Innenpolitik. Seine Ernennung zum Vizepremier bleibt Gegenstand von Spekulationen. Einige Medien sahen darin eine Reaktion auf das schlechte Abschneiden der Kreml-Partei bei den Parlamentswahlen; Kreml-Insider berichten jedoch, dass Surkow nicht länger habe im Hintergrund agieren möchten. Sicher ist, dass Surkow auch weiterhin eine wichtige Rolle in der russischen Politik spielen wird. Bei der Regierungsumbildung, die sich im April vollziehen wird, ist ihm nach Informationen aus kremlnahen Kreisen eine noch einflussreichere Rolle zugeordnet. Des Weiteren wurde der Sprecher der Staatsduma, Boris Gryslow, durch den Leiter der Präsidialadministration, Sergej Naryschkin ersetzt. Gryslow hatte auf dem Posten zuletzt einen unglücklichen Eindruck gemacht. International war er durch die Bemerkung bekannt geworden, dass das Parlament nicht der Ort für politische Debatten sei. Sergej Iwanow, der unter Putin sechs Jahre lang als Verteidigungsminister tätig gewesen war,

übernahm den ehemaligen Posten von Naryschkin als Leiter der Präsidialverwaltung. Bereits kurz nach den Parlamentswahlen hatte Putin Stanislaw Goworuchin zu seinem Wahlstabschef berufen. Der bekannte Filmemacher, der vor zwölf Jahren selbst als Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen angetreten war, hatte auf dem Parteitag von Einiges Russland im November 2011 als erster Redner für eine erneute Präsidentschaft Putins geworben. Die Berufung Goworuchins, der als russischer Patriot gilt, fand insbesondere bei konservativen Wählern Zuspruch.

Auch auf programmatisc her Ebene wurde auf die Proteste reagiert. Elf Tage nach den Dumawahlen wurde die Sendung „Im Gespräch mit Putin“ ausgestrahlt, in der sich der Präsidentschaftskandidat den Fragen von Zuschauern aus ganz Russland stellte. Ende Dezember ging der Kreml auf einige wesentliche Forderungen der Opposition ein: Präsident Medvedev verkündete in seiner letzten Rede zur Lage der Nation die Wiedereinführung der Gouverneurswahlen in den Regionen. Die Wahlen waren während der Präsidentschaft Putins abgeschafft worden, die Gouverneure wurden seither durch den Kreml bestimmt.

Medvedev hat zudem einen leichteren Zugang von Parteien und Bewerbern zu Wahlen und eine bessere Kontrolle der Abstimmungen angekündigt. Kritiker bemängelten jedoch, dass ein Großteil dieser Vorhaben erst bei den kommenden Dumawahlen in fünf Jahren umgesetzt werden könne.

Nach den Parlamentswahlen hatte Putin nacheinander sieben Aufsätze veröffentlicht, in denen er aktuelle politische Themen behandelte. Beachtenswert war beispielweise sein mehrseitiger Text zum Thema Migrationspolitik, der Ende Januar erschien. Putin spricht sich hier zwar deutlich für strengere Einwanderungsgesetze aus, gleichzeitig beschwört er aber Russlands Identität als Vielvölkerstaat. Trotz der politisch ange-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSLAND (MOSKAU)

DR. LARS PETER SCHMIDT

JOHANN C. FUHRMANN

05. März 2012

www.kas.de

spannten Situation nutze Putin das Thema nicht, um mit populistischen Parolen auf Stimmfang zu gehen. Innenpolitisch versprach er Reformen, um den gesellschaftlichen Einfluss der Zivilgesellschaft zu stärken. Die russische Gesellschaft sei nicht mehr die gleiche wie noch vor zehn Jahren, so Putin. Unter seiner und Medvedevs Führung sei eine Mittelschicht entstanden, die zunehmend politische Teilhabe verlange. Diesem Wunsch müsse und werde man nachkommen und entsprechende Mechanismen entwickeln, so Putin in seinem Aufsatz über „Demokratie und Staatspolitik“, der am 6. Februar erschien.

Weitere Präsidentschaftskandidaten

Folgende Gegenkandidaten traten bei den Wahlen gegen Ministerpräsident Putin an: Gennadi Sjuganow von der Kommunistischen Partei, der parteilose Milliardär Michail Prochorow, Wladimir Schirinowski von der Liberaldemokratischen Partei und Sergej Mironow, der sich als Kandidat der Partei Gerechtes Russland um das Präsidentenamt bewarb.

Gennadi Sjuganow, der für die Kommunistische Partei bereits zum vierten Mal als Präsidentschaftskandidat antrat, bemängelte in seinem Programm insbesondere die wachsende Kluft zwischen armen und reichen Bevölkerungsteilen. Er forderte eine Verstaatlichung von Unternehmen und Banken. Hierdurch solle eine Verdoppelung des Staatshaushaltes erreicht werden. Darüber hinaus forderte er eine Wiedereingliederung von Belarus und eine Beschränkung des Einflusses der NATO. Er sprach sich ebenfalls für vorgezogene Parlamentswahlen aus, die nach seinen Plänen am 1. Dezember 2012 abgehalten werden sollten.

Der Unternehmer **Michail Prochorow**, der vom 25. Juni bis zum 15. September 2011 Vorsitzender der Partei Rechte Sache gewesen war, trat als unabhängiger Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen an.

Im Vorfeld der Parlamentswahlen war er im vergangenen Jahr nach internen Auseinandersetzungen aus der Partei ausgetreten und bezeichnete sie als „Puppenprojekt des Kremls“. In seinem Wahlprogramm sprach sich Prochorow für eine Stärkung der individuellen Freiheitsrechte aus. Er forderte beispielsweise den Verkauf sämtlicher staatlicher Massenmedien. Darüber hinaus verlangte er die Abschaffung der Wehrpflicht bis 2015 und den Aufbau einer Berufssarmee. Die Militärausgaben, so Prochorow, dürften nicht die Ausgaben für Krankenversorgung überschreiten und sollten effektiv eingesetzt werden. Darüber hinaus warb er für eine stärkere (ökonomische) Anbindung an die Europäische Union. Als einziger Kandidat veröffentlichte er sein komplettes Wahlprogramm in russischer und englischer Sprache. Prochorow erhielt besonders in den Großstädten viel Zustimmung; in Moskau wurden 20,4 Prozent der Stimmen für ihn abgegeben.

Wladimir Schirinowski ist Vorsitzender und Gründer der Liberal Demokratischen Partei Russlands (LDPR), die nationalistische und populistische Ansichten vertritt. In seinem Wahlprogramm benennt er 111 strategische Positionen. Er schlägt beispielweise eine finanzielle Unterstützung für die Europäische Union von Seiten Russlands vor, unter der Voraussetzung, dass die NATO aufgelöst wird. Nicht nur Terroristen, sondern auch deren Verwandte sollen seiner Ansicht nach strafrechtlich verfolgt werden. Außerdem fordert er die Wiedereinführung der Todesstrafe.

Sergej Mironow, der von 2001 bis 2011 den Posten des Vorsitzenden des Russischen Föderationsrates bekleidet hat, trat für die Partei Gerechtes Russland als Präsidentschaftskandidat an. Vor vier Jahren hatte er sich für eine Verfassungsänderung zur Ermöglichung einer erneuten Präsidentschaft Putins eingesetzt. Nachdem Mironow am 18. Mai 2011 auf Vorschlag von Einiges Russland als Vorsitzender des Föderations-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSLAND (MOSKAU)

DR. LARS PETER SCHMIDT

JOHANN C. FUHRMANN

05. März 2012

www.kas.de

rates entlassen wurde, ist das Verhältnis zwischen ihm, seiner Partei und dem Kreml Gegenstand von Spekulationen. In seinem Wahlprogramm forderte Mironow eine sozialdemokratische Wende in der Entwicklung Russlands. So verlangte er beispielsweise einen höheren Steuersatz für Spitzenverdiener, eine höhere Besteuerung von Luxusgütern und Immobilien und mehr staatliche Unterstützung für Familien und Kinder. Er forderte wörtlich die „Enteignung sozialineffektiver Eigentümer“.

Innenpolitische Konsequenzen der Präsidentschaftswahl

Die Demonstrationen der vergangenen Wochen haben offenbart, dass sich Teile der Mittelschicht nicht mehr von der herrschenden Klasse repräsentiert fühlen. Dennoch ist Putin weiterhin der mit Abstand beliebteste Politiker des Landes und wird besonders außerhalb der Großstädte von den Wählern geschätzt. Im Staatsfernsehen wurde Putin wesentlich mehr Sendezeit bereitgestellt als den anderen Kandidaten. Ein Tatbestand, der nach westlichen Standards einen wesentlichen Verstoß gegen die Gleichbehandlung der Kandidaten darstellt. Besonders auf dem Land stellt das Fernsehen auch weiterhin das bedeutsamste Massenmedium da.

Angesichts der Ereignisse im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen und in Anbetracht des Verlustes der Zweidrittelmehrheit bei den Parlamentswahlen im Dezember 2011 werden Putin und die russische Regierung künftig Zugeständnisse an die Opposition machen müssen. Die Bereitschaft dazu hat Putin bereits signalisiert. Eines ist offensichtlich: Putin wird nicht durchregieren können wie zuvor. Er wird einen neuen gesellschaftlichen Konsens erzeugen müssen. Um eine Modernisierung des Landes zu ermöglichen ist er auf die gebildeten Schichten angewiesen.

Durch die Wiedereinführung der Gouverneurswahlen werden die Regionen in die Lage versetzt, einerseits unabhä-

nger vom Zentrum zu agieren, und andererseits ihren Interessen in Moskau mehr Gehör zu verschaffen. Durch die Erleichterung von Parteigründungen könnte ebenfalls eine Öffnung des politischen Systems erfolgen. In den kommenden Wochen und Monaten wird die neue russische Regierung zusammengesetzt, auch hiervon versprechen sich Beobachter eine Signalwirkung, die beispielsweise durch eine verjüngte Regierung erzeugt werden könnte.

Am Tag nach den Wahlen kündigte der amtierende Präsident Medvedev an, die Gerichtsurteile gegen Mikhail Chodorkovsky und 31 weitere Häftlinge erneut überprüfen zu lassen. Hiermit wurde auf eine weitere Forderung der politischen Opposition eingegangen, so hatte der Präsidentschaftskandidat Michail Prochorow bereits in seinem Wahlprogramm die Freilassung des Jukos-Gründers gefordert.

Umfragen des Meinungsinstituts WZIOM und des renommierten Lewada-Zentrums vom Dezember 2011 besagen, dass es den Demonstranten besonders um eine Anprangerung der Dumawahlen und weniger um die Person Putin geht: 73 Prozent der Befragten geben an, ihren Ärger über Wahlfälschungen zum Ausdruck bringen zu wollen und nur 15 Prozent möchten ihre Solidarität mit den Parteien bekunden, die an der Veranstaltung teilnehmen (Lewada); der Losung „nieder mit Putin“ stimmen nach Angaben von WZIOM nur 25 Prozent der Befragten zu. Dies mag sicherlich auch darin begründet sein, dass die Opposition keinen gemeinsamen Kandidaten gefunden hat und ihr bislang eine starke Führungspersönlichkeit fehlt.

Die Proteste haben die politische Klasse wachgerüttelt - dies ist trotz der verlorenen Wahl ein Erfolg der Opposition. Ob es langfristig zur Entwicklung eines funktionierenden Mehrparteiensystems kommt, wird maßgeblich auch von der Arbeit und den Bemühungen der Oppositionsparteien abhängig sein. Für die

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSLAND (MOSKAU)

DR. LARS PETER SCHMIDT

JOHANN C. FUHRMANN

05. März 2012

www.kas.de

Entwicklung eines demokratischen Systems wird Russland eine starke Opposition benötigen. Die russische Opposition hat das von Stagnation geprägte politische System aufgebrochen. Sie wird jedoch enger zusammenarbeiten müssen, um verstärkt auch inhaltliche Akzente setzen zu können.

Außenpolitische Konsequenzen der Präsidentschaftswahl

In außenpolitischer Hinsicht werden sich die Beziehungen zum Westen kaum verändern. Das von Putin verkündete Projekt einer „Eurasischen Union“ offenbart jedoch eine zunehmende Fokussierung auf den post-sowjetischen Raum. Geplant ist, die bereits bestehende Zollunion zwischen Russland, Weißrussland und Kasachstan auszubauen und die politische und ökonomische Integration mit den Nachbarländern zu stärken. In seinem siebten programmatischen Artikel vom 27. Februar bezeichnete Putin Russland als „untrennbaren Teil des großen Europas.“ Er spricht sich darin für eine Stärkung der Vereinten Nationen aus. Bei der geplanten Raketenabwehr der NATO fühlt Russland sich übergangen und bedroht. Dass ein Sicherheitsschirm, der Russlands atomares Abschreckungspotential ver- oder doch zumindest behindert, sich einzig gegen den Iran richtet, hält Moskau nicht für glaubwürdig. Russland hatte durch die Enthaltung bei der Libyen-Resolution einen langjährigen Verbündeten fallen gelassen. Die kriegerischen Auseinandersetzungen hatte Russland jedoch nicht erwartet, in der Resolution war lediglich von einer Flugverbotszone und vom Schutz der Zivilbevölkerung die Rede. In der Syrienpolitik soll sich dies nach der Auffassung des Kremls nicht wiederholen. Auch hier wird es deshalb zu einem weiteren Konfliktpunkt in der Außenpolitik kommen, der darauf beruht, dass zwischen Moskau und vielen westlichen Staaten ein Disput besteht, da Moskau auf Nicht-Einmischung pocht, während der Westen humanitären Interventionen wesentlich offener gegenübersteht. Diese unterschiedlichen Philosophien in Bezug auf die Außenpolitik werden auch zukünftig eine Rolle in den internationalen Beziehungen mit Russland spielen. Aus russischer Perspektive fühlt man sich

bei entscheidenden Fragen, wie bei der Raketenabwehr nicht rechtzeitig eingebunden, sondern auf die Rolle eines Schülers reduziert. „Stereotypische Vorstellungen“ und „Angst“, so Putin in zahlreichen Interviews, würden die Beziehungen des Westens zu Russland prägen.

In den Beziehungen mit der Europäischen Union werden die Themenkomplexe Visumfreiheit und Einhaltung der Menschenrechte zentrale Punkte auf der politischen Agenda bleiben. Russland wird weiter um ein Abkommen zur Visumfreiheit mit der EU bemüht sein. Die Europäische Union wird ihrerseits Kritik im Menschenrechtsbereich üben, beispielsweise bei der Pressefreiheit. Entlang dieser Linien kann man jedoch eine Konstanz in den Außenbeziehungen erwarten. Im wirtschaftlichen Bereich steht Putin international für Stabilität – auch hier sind keine Überraschungen zu erwarten. Im Gegenteil, gerade im Bereich der Energiepolitik bestehen Chancen auf eine noch engere Kooperation zwischen Russland und der EU.

Aus der Sicht des Westens gilt es neue Anstrengungen zu unternehmen, um mit Russland einen konstruktiven Dialog zu führen. Auch wenn eine erneute Präsidentschaft Putins in den USA und Europa mit Skepsis begegnet wird, kann der Westen auf eine Zusammenarbeit mit Russland nicht verzichten, um aktuellen Herausforderungen in Krisenregionen zu begegnen. Es gilt, die politische Aufbruchstimmung in Russland zu nutzen, denn durch die politischen Prozesse der letzten Monate ist eine neue Grundstimmung in der russischen Politik entstanden, die auch zu einer kritischen Selbstreflektion der Akteure geführt hat und neue Chancen in den europäisch-russischen Beziehungen eröffnen könnte.